

## Durchwachsen

Zum Ergebnis der Bundestagswahlen vom 16. Oktober

Das große Wahljahr 1994 ist zu Ende. Der 16. Oktober setzte den Schlußakord. Er fiel einigermaßen kräftig aus, jedenfalls, was das Wahlvolumen betrifft. Bundestagswahl in Gesamtdeutschland, Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland und in Thüringen, Kommunalwahlen (Gemeinde- und Kreistagswahlen) im größten resp. bevölkerungsreichsten Bundesland, Nordrhein-Westfalen: Dies alles an einem Tag – wann hat es das in Deutschland je gegeben! Und spannend war es wie noch nie.

Grundstürzende Veränderungen oder gar Erschütterungen, die die Machtverhältnisse in der Zweiten Deutschen Republik auf den Kopf stellten, gingen von diesem Wahlsonntag dennoch nicht aus. Aber nimmt man alles zusammen, die mit rund 79 Prozent recht mäßige Wahlbeteiligung, die bleibende, eher noch gestärkte Mehrheit der SPD im Bundesrat und die Gewichtsverschiebungen zwischen Koalition und Opposition und auch innerhalb der Koalition selbst, die starke Stellung der PDS im Osten, die Gewichtsverschiebungen in NRW, dann sieht das Ergebnis sehr durchwachsen aus. Und sehr durchwachsen werden sich auch die Machtverhältnisse in der kommenden Legislaturperiode gestalten. Nicht auf einen Nenner zu bringen sind die Ergebnisse der Landtagswahlen in den drei Ländern, in denen gewählt wurde. Im Saarland kam *Oskar Lafontaine* gerade noch einmal davon. In Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen stehen schwierige Koalitionsverhandlungen bevor. Erst sie werden zeigen, was das gute numerische Abschneiden der CDU in den beiden Ländern politisch und auf Dauer wert ist.

Für den Bund heißt das Ergebnis trotz

beträchtlicher Verluste von CDU/CSU (-2,3) und vor allem von FDP (-4,6) *Kontinuität* – wenigstens zunächst. Die bisherige Koalition konnte sich, wie die meisten Wahlprognosen vermuteten und ziemlich genau voraussagten, behaupten, wenn auch äußerst knapp. Eine Mehrheit von 10 Sitzen ist nicht komfortabel, aber sie *kann* für eine Legislaturperiode reichen, wie frühere Koalitionen, vor allem der sozialliberalen Ära, zeigen. Die FDP ist zwar die größte Verliererin dieser Wahl. Aber absichtsvoll gestreute Vermutungen, die FDP könnte diesmal – nach sechs Wahlniederlagen in vorausgegangenen Landtagswahlen – den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen, blieben Spekulation. Das Nachsehen dabei hatte die CDU, da nachweislich rund die Hälfte der der FDP noch verbliebenen Wähler aus dem Unionslager kamen. Ein Blankoscheck für die Zukunft ist das für die FDP nicht; hätte die Union als Kanzlerpartei konsequent auf eine absolute Mehrheit der Sitze gesetzt, wäre das Ergebnis bereits diesmal ein anderes gewesen.

Die SPD schaffte mit 36,4 Prozent einen Achtungserfolg. Mehr war auch unter der Führung des mit viel Vorschußlorbeeren angetretenen, noch wenig erfahrenen, aber bundespolitisch unverbrauchten *Rudolf Scharping* nicht zu erreichen. Die Lust auf den politischen Wechsel, lange der demoskopische Stoff, von dem die Sozialdemokraten zehrten, hielt sich in Grenzen. *Helmut Kohl* war letztlich nicht zu schlagen, obwohl er Tage vor der Wahl mit dem Hinweis auf das sichere Ende 1998 noch einmal Freund und Feind, mehr die Freunde als die Feinde, verwirrte.

Die Wahl vom 16. Oktober war noch einmal Kohl-Wahl. Aber von der beherrschenden Rolle des bisherigen und künftigen Kanzlers abgesehen: den Sozialdemokraten scheint in Deutschland das Schicksal der *strukturellen Minderheitspartei* auferlegt zu sein. Daran hat sich offensichtlich auch nach der Wiedervereinigung wenig geändert. Wer hätte angesichts der für die CDU noch im Frühjahr katastrophalen Umfrage-

ergebnisse geglaubt, diese würde im Herbst nicht nur die SPD zwischen Elbe und Oder überholen, sondern mit ihrem Ost-Ergebnis das eigene West-Ergebnis beinahe einholen (alte Bundesländer: CDU 41,9, neue Bundesländer: 39,8). Der „Fehltritt“ der SPD in Sachsen-Anhalt nach dem 12. Juni (vgl. HK, Juli 1994, 329) allein kann es nicht gewesen sein. Mit dem Bild von den blühenden Landschaften einschließlich des großzügig abgelegten Geständnisses, man habe sich „im Zeitmaß“ vertan, hatte der Langzeitwahlkämpfer Helmut Kohl offenbar den besseren Riecher als seine Gegner und viele seiner zögerlichen Weggefährten. Die *Grünen* sind wieder im Bundestag. Zu einer numerischen Mehrheit mit der SPD (selbst zusammen mit der PDS) reichte es nicht. Aber die von der Umwelt- zur Vollblutpartei sich wandelnden Grünen dürften ihre Zukunft, auch als mögliche Alternative zur FDP, das jetzt bestehende Wahlrecht vorausgesetzt, möglicherweise noch vor sich haben.

Und die PDS? Die Wähler von SPD und CDU (von der CDU vor allem) hatten es in der Hand, ihr den Wiedereintritt in den Bundestag zu verweigern. Die einschlägigen Parteizentralen waren offenbar nicht in der Lage, demokratische Gradlinigkeit zu empfehlen. Die SED-Nachfolgepartei sitzt nun dank Gysi und Co. weiter im Bundestag. Eine Gefahr für Deutschland wird die PDS deswegen nicht. Im Westen ist sie eine aussichtslose Splitterpartei. Sie wird hauptsächlich zu Lasten der SPD für eine längere Übergangszeit eine ostdeutsche Milieu-Partei bleiben. Im Wahlkampf diene sie über lange Strecken den Unionsparteien als Strategieersatz. Vor allem die Kanzlerpartei wird sich zumal für die Zeit nach Kohl anderes einfallen lassen müssen, will sie sich die Sympathie der politischen Mitte über alle Untiefen des gesellschaftlichen Wandels hinweg erhalten.

Von den *Republikanern* sprach bereits im Wahlkampf so gut wie niemand mehr. Sie haben sich als ernstzunehmende politische Kraft im Bund selbst

erledigt. Man sollte aber auch sie nicht vorzeitig für tot erklären. Bereits bei den künftig anstehenden Landtagswahlen in westlichen Bundesländern könnte das Bild wieder anders aussehen. Ähnliches gilt für die eine oder andere der regionalen Splitterparteien, denen im Zuge der Parteienverdrossenheitsdebatte ein kurzlebiges Hoch beschert wurde.

In Massendemokratien ist bei nationalen Wahlen üblicherweise ein doppelter Hintergrund wahlentscheidend: die zur Zeit des Wahlkampfes herrschende Grund- wie Oberflächenstimmung und die sachpolitischen Zensuren für die Parteien. Letztere ergeben sich aus der Einschätzung politischer Leistungsfähigkeit von Regierung und Opposition und von deren konkurrierenden Führungsgestalten. Der *Stimmungsfaktor* war im Vorfeld des 16. Oktober schwach entwickelt. Ganz anders als 1990 fehlte der zündende Funke. Für die große Stimmung fehlten auch die zwingenden Themen. Dieser Umstand und nicht das künstlich wiederbelebte Lagerdenken mag der Grund für das knappe Ergebnis gewesen sein.

Aber ein anderer Grund kommt hinzu. Orientiert man sich an der Leistungs- und Kompetenzzuweisung der Bevölkerung an die Parteien und an den „objektiven“, politisch üblicherweise bei Wahlen zu Buche schlagenden Entwicklungsdaten, so hatte alles für einen haushohen Sieg der Unionsparteien sprechen müssen: die Art, wie diese aus ihrem Langstreckentief innerhalb weniger Monate, ja Wochen herauskamen, die Wirtschaft mitten in einem sich selbst tragenden Aufschwung mit ersten Lichtblicken auch auf dem Arbeitsmarkt, die neuen Bundesländer aus dem Größten heraus, die SPD Opfer ihrer eigenen wechselhaften Strategien, die Grünen unauffällig, die FDP so schwach wie noch nie, der Kanzler national und international im Zenit seines Ansehens.

Eine günstigere Konstellation für eine absolute Mehrheit hat es nicht einmal in den fünfziger Jahren gegeben. Aber es scheint in Deutschland ein stilles Abkommen zwischen Wählern und

Parteien zu geben, daß nicht Parteien, sondern *Koalitionen* gewählt wurden. Und Helmut Kohl war wohl einer der ersten, der seine Unterschrift unter dieses Abkommen setzte.

Der Zwang zu Koalitionen wird überdies durch das *Verhältnismahlrecht* mächtig gefördert. Es heißt, das Verhältniswahlrecht habe den Vorteil, daß sich unter seinen Bedingungen neue politische Bedürfnisse durch neue Anbieter rascher bemerkbar machen und sich auch durchsetzen können als unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts. Demokratie bleibe so beweglicher und anpassungsfähiger. Das Mehrheitswahlrecht amerikanischer Prägung zeigt aber, daß unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts, nicht zuletzt aufgrund fehlenden Fraktionszwanges sich ein offenerer Typus von Partei bildet und neue Strömungen in den bestehenden Parteien sich sehr wohl durchsetzen können.

Die deutschen Parteien sind Dinosaurier, noch mehr Weltanschauungs- als schon Volksparteien im modernen Sinne. Ihr innerer Pluralismus wird durch künstliche Fronten nach außen verdeckt. Das macht sie unbeweglich in der Aufarbeitung und im Transport politisch kontroverser Themen. Sie werden Ansprüche zurücknehmen, das Integrationsniveau herunterschrauben müssen, um das für eine politische Führung tatsächlich Notwendige integrieren zu können.

Eine Weiterentwicklung nach amerikanischem Muster erscheint deshalb überfällig. Die Alternative wäre Zersplitterung. Der öffentliche Streit über die kränkelnden Volksparteien, der jetzt verdrängt ist, wird spätestens bei den nächsten und übernächsten Landtagswahlen wieder aufbrechen, wenn diese andere Ergebnisse zeitigen als im Sinne des bestehenden Systems erwünscht.

Der *Trend zur großen Koalition*, der sich aufgrund des Wahlergebnisses vom 16. Oktober bald verstärken dürfte, könnte uns aber dem Ziel Mehrheitswahlrecht, das in den sechziger Jahren leichtfertig verfehlt wurde, in den neunziger Jahren ein Stück näher bringen. Ob die letzte Hürde

genommen wird, dürfte also von dem traditionell schwächeren Teil der SPD abhängen.

Ein letzter Punkt: In einem Vorausfeuilleton der FAZ (15. 10. 94) zum Wahlsonntag hieß es, die Deutschen würden anders als in der ersten Jahrhunderthälfte bei Wahlen seit nun fast 50 Jahren kontinuierlich „die Tugend der Grundvernünftigkeit“ unter Beweis stellen. Dies trifft insoweit zu, als über Extreme in Deutschland viel geredet wird, aber Extreme bei Wahlen in der zweiten Jahrhunderthälfte nie wirklich eine Chance hatten. Denkt man freilich an die *Außenpolitik*, so müßte man eher von flächendeckender Provinzialität sprechen. Trotz einer Menge bedrohlicher Entwicklungen rings um und in Europa spielten außen- und selbst europapolitische Themen im Wettbewerb der Wahlkämpfer so gut wie keine Rolle. Selbst das Europapapier von *Wolfgang Schäuble* und einigen CDU-Parlamentariern vermochte öffentliches Interesse nur für Tage zu wecken. Aber so ist es überall zur Zeit in Europa: Jedes Land ist vornehmlich mit sich selbst beschäftigt. Kein gutes Zeichen in einer Weltlage, die zwar voller Chancen steckt, die aber auch in vielem unübersichtlicher und unberechenbarer ist als zur Zeit des kalten Krieges.

se

## Ehrlicher

*Der römische Einspruch und die dadurch entstandene Lage*

Eine Überraschung ist das Schreiben der römischen Glaubenskongregation über den Kommunionempfang von wiederverheirateten Geschiedenen (vgl. ds. Heft, 565 ff.) seinem Inhalt nach nicht. Erstaunlich ist allenfalls, wie wenig man sich auf die Argumentation der drei südwestdeutschen Bischöfe in ihrem Hirtenbrief und den „Grundsätzen für eine seelsorgliche Begleitung von Menschen aus zerbrochenen Ehen und von wiederver-